

Berner Politik

# Ausserordentliche Zeiten

**Magdalena Martullo\***  
über politische  
Herausforderungen



Der Bundesrat rief am 17. März die ausserordentliche Lage aus und die Schweiz befand sich plötzlich im Ausnahmezustand. Ungewohnte Einschränkungen wie Abstand oder ganz zu Hause zu bleiben – das hatten wir noch nie. Umso grösser war dann unsere Freude über jeden Schritt der wiedergewonnenen Freiheit. Sich treffen, einkehren, Touristen empfangen oder verreisen – das geniessen wir jetzt doppelt. Über die verschwindenden Zahlen an Neuinfektionen sind wir erleichtert, gleichzeitig irritieren uns die widersprüchlichen Regeln. Warum darf auf dem Standesamt nur mit 30 Personen geheiratet, aber gleichzeitig zu Tausenden demonstriert werden? Warum muss man in Restaurants sitzen, in Clubs und Bars aber stehen? Warum wird die Party im Restaurant um Mitternacht beendet, während im Vereinslokal weiter gefestert wird? Warum braucht man Abstand, während sich Pendler ohne Distanz und Maske drängeln? Solche Fragen wurden Bundesrat Alain Berset im Nationalrat gestellt. Leider blieben

sie unbeantwortet. Man wird den Eindruck nicht los, dass sich der Gesundheitsminister mit aller Kraft an die letzten Überbleibsel seiner Macht klammert. Die Macht, die er in den letzten Wochen uneingeschränkt und mit einer untätigen Gefolgschaft ausgeübt hat.

Nun müssen aber Freiheiten und Eigenverantwortung zurück an Firmen und Bürger! Jetzt sind die Unternehmen gefragt, denn der Staat kann die Wirtschaft nicht ersetzen, auch finanziell nicht. Arbeitslos wird die Regierung deswegen aber keinesfalls. Auf sie kommen grosse Aufgaben zu. Sie steht vor einem buchstäblichen Scherbenhaufen: Kurzarbeitende in Millionenhöhe, Rekordarbeitslosigkeit, eine generationenübergreifende Verschuldung, massive Löcher bei den Einnahmen bei Bund, Kantonen und Gemeinden. Die wirtschaftlichen Folgen werden wir noch lange spüren. Mit Kurzarbeit und Überbrückungskrediten ist der Bund rasch eingesprungen. Aber die Folgen für die Personen, die wegen der Krise ihren Arbeitsplatz verloren haben, sind einschneidend. Tausende, die für Essenspakete anstehen, zeigen, dass gerade Leute mit unteren Einkommen schnell und besonders hart getroffen werden.

Wie werden wir diese Krise meistern? Die Arbeitslosenzahlen werden über längere Zeit höher bleiben, vor allem bei jungen und älteren Arbeitnehmern. Nun muss die Beschäfti-

gung unserer Leute in der Schweiz Vorrang haben. Sie müssen vor Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe bewahrt werden. Der Inländervorrang ist jetzt durchzusetzen. Wir dürfen nicht billigere Ausländer zuwandern lassen und eigene Leute in die Arbeitslosigkeit verbannen. Auch für einen «grünen Umbau der Wirtschaft», zusätzliche Steuern oder die CO<sub>2</sub>-Abgaben ist jetzt nicht die richtige Zeit.

Derweil berät das Parlament unbeirrt von Corona weiter. Mit der Überbrückungsrente wird die Entlassung von älteren Arbeitnehmern attraktiver gemacht und Ältere frühzeitig in die Rente gedrängt. Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz zieht den Bürgern 30 bis 40 Milliarden Franken aus der Tasche – also ungefähr noch mal so viel, wie die Coronakrise gekostet hat! Gerade in den Tourismusregionen und den Bergen wird das über die Verteuerung von Benzin, Öl und Gas sowie die Sanierungsaufgaben für Gebäude besonders schmerzvoll. Die Flugticket-Abgabe kostet für Familien bis zu 480 Franken und auch ausländische Touristen, die in die Schweiz kommen, sollen sie bezahlen. Von den Abgaben, die damit auf die Bürgerin und den Bürger zukommen, fliesst jedes Jahr über eine Milliarde Franken in einen Klimafonds – zur freien Verfügung der Regierung!